

Radebeul, 17.12.2013

## Niederschrift

- zur 41. Sitzung der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/  
Osterzgebirge (öffentlicher Teil)

am: 03.12.2013

Ort: Hotel „Elbflorenz“ im World Trade Center Dresden,  
I. Obergeschoss, Raum Galilei

Beginn: 14:30 Uhr

Ende: 15:08 Uhr

-- Anwesenheit: s. TOP 1 und Anwesenheitsliste (*Anlage 1*).

Die Verbandsversammlung war beschlussfähig.

Der ausgefertigte Beschluss ist dieser Niederschrift als *Anlage 2* beigelegt.

## Tagesordnung

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in der Planungsregion
3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014 – Beratung und Beschlussfassung sowie Beschlussfassung zur Übertragung von Ausgabeansätzen aus dem Jahr 2013 in das Jahr 2014
4. Regionalplanfortschreibung – Zeitplanung zum Verfahren und Arbeitsschwerpunkte 2014
5. Bericht über die Arbeit des Regionalen Planungsverbandes im zurückliegenden Jahr 2013
6. Bekanntgaben/Anfragen, Sonstiges

### **Zu TOP 1 Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Verbandsvorsitzende, Herr Landrat (LR) Geisler, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Einladung mit der Tagesordnung war mit Schreiben vom 4. November 2013 fristgerecht zugegangen. Die Beratungsunterlagen waren mit Schreiben vom 19. November 2013 versandt worden.

Zur Tagesordnung gab es keine Anträge, sie wurde einstimmig bestätigt.

Von den sechzehn Verbandsräten waren zu Beginn der Sitzung 10 anwesend. Herr Verbandsrat (VR) Stübner und Herr VR Naumann kamen um 14:39 Uhr zur Sitzung hinzu. Herr Landrat Steinbach sowie die Herren VRe Bergmann und Dr. Gebel sowie Frau VRin Gorek hatten sich entschuldigt. (zur Anwesenheit s. auch *Anlage 1*)

Die Beschlussfähigkeit wurde durch den Verbandsvorsitzenden festgestellt.

### **Zu TOP 2 Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, Beratung und Beschlussfassung**

Zum TOP lagen keine Anforderungen zur Abgabe von Stellungnahmen, die der Behandlung in den Gremien bedürfen, vor.

### **Zu TOP 3 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014 – Beratung und Beschlussfassung sowie Beschlussfassung zur Übertragung von Ausgabeansätzen aus dem Jahr 2013 in das Jahr 2014**

*Anmerkung: Auf den fehlenden Bedarf für eine Beschlussfassung zur Übertragung von Haushaltsmitteln war bereits bei der Versendung der Unterlagen hingewiesen worden; dieser Teil des TOP war vorsorglich in die Tagesordnung aufgenommen worden.*

In ihrem Sachvortrag informiert Frau Dr. Russig zunächst kurz über die absolvierten formalen Schritte, die für das Zustandekommen eines rechtmäßigen Haushaltes notwendig sind und geht anschließend auf die im Jahr 2014 vor dem Verband liegenden Aufgaben ein.

Vorrangiger Schwerpunkt sei die Arbeit am neuen Regionalplan. Alle Projekte, in denen sich der RPV jüngst als Träger oder Partner engagiert habe (die beiden Modellvorhaben der Raumordnung zum Klimawandel bzw. demografischen Wandel und das Ziel 3-Projekt CROSS DATA), würden in 2013 zu Ende gehen und die Ergebnisse, soweit möglich, in das anstehende Regionalplanverfahren einfließen. Was das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge betreffe, so werde man sich in die aktive Umsetzungsphase begeben. Hierfür sehe der Haushalt explizit Mittel in Höhe von 4.500 Euro zur Umsetzungsunterstützung aus Eigenmitteln des Verbandes vor. Für die Laufendhaltung des Rauminformationssystems CROSS DATA seien neben den ohnehin bereits vertraglich gebundenen Aufwendungen für Pflege und Wartung des Systems i. H. v. 1.500 Euro /Jahr bis 2018 zusätzlich noch einmal 2.000 Euro für die Kommunikation mit den Partnern, die Aktualisierung von Produkten aus dem Projekt oder auch sonstige, noch unvorhergesehene Dinge eingeplant.

Die Produktstruktur unterscheide sich nicht von der des vorangegangenen Haushaltsplanes; lediglich werde das Produkt „Verbandsgeschäftsstelle - Projekt KLIMA MORO-Phase II“ nicht mehr beplant, da spezifische Aufwendungen und Erträge sowie Zahlungen nicht mehr zu erwarten seien.

Der Ergebnishaushalt sei formal ausgeglichen, auch wenn dies in erster Linie auf die erst im Jahr 2014 ertragswirksame Vereinnahmung der zugesagten Fördermittel des Bundes für die Umsetzung von Projekten aus dem Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge zurückzuführen sei. Erträge und Einzahlungen seien wie bisher der durch das Land gezahlte Mehrbelastungsausgleich (MBA), Fördermittel und Zinsen. Eine Umlageerhebung sei 2014 wie auch im gesamten mittelfristigen Finanzplanungszeitraum nicht vorgesehen.

Der Finanzierungsmittelfehlbetrag im Finanzhaushalt setze sich aus 28.652 Euro für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sowie 11.000 Euro für Sachinvestitionen (u. a. zur Neubeschaffung eines Servers) zusammen. Für einen Teil dieser Zahlungsverpflichtungen würden mit der Eröffnungsbilanz noch Rückstellungen zu bilden sein.

Für den Verband bestünden keine Kreditbelastungen und es sei auch nicht vorgesehen, Kredite aufzunehmen. Lediglich ein Kassenkredit i. H. v. 50.000 Euro zur Sicherung einer durchgehenden Liquidität sollte, wie schon in der Vergangenheit, aufgenommen werden.

Die ehemalige allgemeine kamerale Rücklage i. H. v. mehr als 530.000 Euro werde auch mittelfristig noch eine solide Finanzierungsgrundlage darstellen. Das daraus abzuleitende Basiskapital werde allerdings bis 2017 auf voraussichtlich 290.000 € zurückgehen.

Den Stellenplan betreffend weist Frau Dr. Russig insbesondere auf die zu treffende Entscheidung über den Verbleib einer Stelle in der Entgeltgruppe 8 hin. Diese Stelle war nach dem Eintritt des bisherigen Stelleninhabers in den Ruhestand zunächst bis Dezember 2013 befristet wiederbesetzt worden. Hier sehe der Stellenplan den Erhalt dieser Stelle, allerdings nicht mehr wie bisher in Vollzeit, sondern nur noch in Teilzeit, zu 30 Wochenarbeitsstunden, vor. Sie begründet dies v. a. mit der ansonsten im Verhältnis zu den Arbeitsaufgaben völligen Unterrepräsentation von Stellen im mittleren Dienst.

Frau VRin Jähnigen möchte in Anbetracht der Tatsache, dass die Zuweisungen des Landes mit dem MBA statisch festgeschrieben sind, sich die Aufgaben jedoch dynamisch weiterentwickeln, wissen, wann voraussichtlich diese Zuweisungen die Aufwendungen zur Erledigung der Pflichtaufgaben nicht mehr deckeln werden. Außerdem fragt sie nach dem Verhältnis von befristeten und unbefristeten Stellen bzw. Arbeitsverhältnissen in der Verbandsgeschäftsstelle (VGS).

In ihrer Antwort führt Frau Dr. Russig aus, dass schon heute das vom Land zugewiesene Budget insgesamt nicht mehr ausreichend ist. Dies betreffe ganz besonders die Personalkosten, obwohl der RPV OEOE unter den Regionalen Planungsverbänden in Sachsen der einzige Verband sei, der seine Bediensteten nicht tarifgerecht nach TVöD vergüte. Allein diese Tatsache und ein sparsames Wirtschaften hätten es ermöglicht, in den vergangenen Jahren seit der Kommunalisierung auch ohne bisherige Umlageerhebung eine Rücklage aufzubauen, mit der Haushaltsdefizite der kommenden Jahre ausgeglichen werden könnten. Die Wiedereinführung einer Umlage könne jedoch zum Ende des mittelfristigen Finanzplanungszeitraumes nicht ausgeschlossen werden.

Der Stellenpool und so auch die Arbeitsverträge bestünden, sollte heute dem Stellenplan so zugestimmt werde, ausschließlich aus unbefristeten Stellen und Arbeitsverhältnissen.

Herr VR Dreßler und Herr VR Rother bitten um eine aufgabenbegründete Darstellung der Entscheidung für den dauerhaften Erhalt der angesprochenen Stelle in der Entgeltstufe 8. Eine solche Begründung sollte auch explizit im Vorbericht zum Haushaltsplan unter dem Punkt Stellenplan ergänzt werden.

Frau Dr. Russig führt dazu aus, dass der Erhalt der Stelle insbesondere mit dem für diese relevanten Aufgabenanfall im GIS-Bereich zu sehen ist. Zu den Aufgaben zählten insbesondere die Erarbeitung von Arbeitskarten und thematischen Karten für den Regionalplan, für komplexe und thematische Analysen im Rahmen der Raumbewertung, die Führung des digitalen Regionalen Planungskatasters, aber auch die technische Herstellung von Beratungs- und sonstigen Unterlagen und Materialien des Verbandes.

Es gibt keine weiteren Anfragen.

Der Verbandsvorsitzende bringt die Beschlussvorlage (VV 06/2014) mit Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014 zur Abstimmung.

Ergebnis der Beschlussfassung zur Beschlussvorlage VV 06/2014:

**Ja-Stimmen: 12**

**Nein-Stimmen: 0**

**Stimmenthaltungen: 0**

#### **Zu TOP 4 Regionalplanfortschreibung – Zeitplanung zum Verfahren und Arbeitsschwerpunkte 2014**

Einführend verweist der Verbandsvorsitzende auf die zum TOP vorliegenden Unterlagen und bittet Frau Dr. Russig um den Sachvortrag (s. hierzu auch die Präsentationsfolien in Anlage 3).

Frau Dr. Russig stellt zuerst die grobe Zeitschiene des Regionalplanverfahrens mit den wichtigsten formal notwendigen Schritten vor. Sie informiert dabei, dass die Rechtsaufsicht mit Verweis auf das Ziel 7.1 des Landesentwicklungsplans bereits kritisch darauf hingewiesen habe, im Zuge der Planungen eine Beendigung des Verfahrens mit dem Satzungsbeschluss bis Ende August 2017 vorzusehen. Dies sei im Falle eines normalen Verfahrensablaufes, bei dem nach erfolgter öffentlicher Auslegung des Planentwurfs lediglich noch einmal Teilanhörungen zu einzelnen Änderungen des Plans notwendig würden, auch gewährleistet.

Im Weiteren geht sie auf konkrete Eckpunkte und Arbeiten im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Unterlagen für das frühzeitige Beteiligungsverfahren (Mitwirkung bei der Planaufstellung) des Regionalplans im Jahr 2014 ein und informiert schließlich über Schwerpunkte der Arbeit auf dem Gebiet der Regionalentwicklung und der allgemeinen Verwaltung im kommenden Jahr.

Zum Punkt „Eröffnungsbilanz“ informiert sie darüber, dass man für deren Erstellung externen Sachverstand eingekauft habe und somit bis Ende 2013 die Eröffnungsbilanz vorliege. Somit sei die Einhaltung der gesetzlich normierten Frist, die noch einmal bis Ende März 2014 verlängert worden war, gewährleistet.

Frau VRin Jähnigen möchte mit Blick auf die entsprechenden Ziele und Aktivitäten der Staatsregierung und Landesbehörden wissen, wie das Thema Flächenversiegelung im Regionalen Planungsverband bearbeitet werde.

Frau Dr. Russig verweist zum Einen auf die Arbeit am Regionalplan, wo dies bei verschiedenen Themenfeldern eine Rolle spielen werde und benennt beispielhaft die anstehende Entscheidung, erneut Vorsorgestandorte für großflächige Gewerbeansiedlungen auszuweisen. Des Weiteren habe man kürzlich erst im Zuge von verschiedenen Praktikantenarbeiten eine Analyse der Flächenneuanspruchnahme durch die verbindliche Bauleitplanung durchgeführt. Die Ergebnisse müssten allerdings noch in geeigneter Weise aufbereitet werden und könnten dann auch einmal in den Gremien zur Vorstellung kommen. Auch daraus könnten sicherlich entsprechende Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit gezogen werden.

Es gibt keine weiteren Anfragen und keinen Diskussionsbedarf.

Die vorgestellte Zeitplanung und die Arbeitsschwerpunkte 2014 werden von den Mitgliedern der Verbandsversammlung zustimmend zur Kenntnis genommen.

#### **Zu TOP 5 Bericht über die Arbeit des Regionalen Planungsverbandes im zurückliegenden Jahr 2013**

Der Bericht liegt allen Verbandsräten in schriftlicher Form vor.

Auf Nachfrage gibt es keine Anfragen und keinen Diskussionsbedarf.

Die Verbandsversammlung nimmt die Berichterstattung zustimmend zur Kenntnis.

#### **Zu TOP 6 Sonstiges, Bekanntgaben/Anfragen**

Frau Dr. Russig informiert seitens der VGS über folgende Punkte:

- Die neue Verbandssatzung ist am 18. Oktober 2013 in Kraft getreten, nachdem sie im Amtlichen Anzeiger des Sächs. Amtsblattes am 17. Oktober 2013 veröffentlicht worden war.

Ein nunmehr amtliches Exemplar (Kopie aus o. g. Veröffentlichungsblatt) wurde allen Verbandsräten am Platz ausgelegt.

- **Änderung in der Reihe der beratenden Mitglieder:**

Frau Schreiber, bisher beratendes Mitglied in der Verbandsversammlung seitens der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen, steht ab sofort nicht mehr in dieser Funktion zur Verfügung, teilte sie mit Schreiben vom 25.11.2013 mit. Grund sei eine Umstrukturierung im Regionalbauernverband „Sächsische Schweiz-Osterzgebirge e. V.“

Frau Dr. Russig schlägt vor, bis zur Neukonstituierung der Verbandsversammlung im nächsten Jahr keine Abberufung und Neuberufung einer neuen Person vorzunehmen, statt dessen sollten die Aufgaben bis dahin durch den Stellvertreter von Frau Schreiber, Herrn Dr. Drobisch, wahrgenommen werden.

- **nächste Sitzungstermine:**

Verbandsversammlung am 10. April 2014, 15.00 Uhr

Planungsausschuss am 13. Februar 2014, 13.00 Uhr;

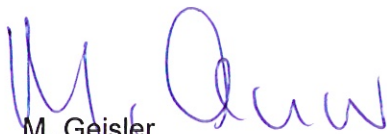
Die Sitzungsplanung für das kommende Jahr mit den voraussichtlichen Sitzungsterminen für die Verbandsversammlung und den Planungsausschuss 2014 war ebenfalls am Platz aller Verbandsräte ausgelegt worden.

Auf Anregung von Frau VRin Jähnigen werden für die Verbandsversammlung am 13. Februar 2014 Möglichkeiten für einen alternativen Sitzungsort auf der Neustädter Seite in Dresden geprüft werden.

Aus der Reihe der Verbandsräte gibt es keine Informationen und Anfragen.

Der Verbandsvorsitzende bedankt sich für die Mitwirkung, wünscht allen Anwesenden für die Weihnachtszeit und den Jahreswechsel alles Gute und schließt die Sitzung.

aufgestellt:

  
M. Geisler  
Verbandsvorsitzender

  
Dr. Russig  
Leiterin Verbandsgeschäftsstelle